

Festlegung:

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung des MLUL zur Kenntnis. Das MLUL sichert zu, dem Ausschuss erneut Bericht zu erstatten, sobald neue Erkenntnisse vorliegen.

Zu TOP 4: Grundwasserverseuchung durch die Schweinemastanlage in Tornitz - Konsequenzen für den Betreiber (gemäß Festlegung aus der 43. Sitzung am 5. September 2018)

Bericht des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

Der **Vorsitzende** eröffnet den Tagesordnungspunkt 4. Der Ausschuss habe sich bereits im September auf Antrag des Abgeordneten Raschke (GRÜNE/B90) mit der Grundwasserverseuchung durch die Schweinemastanlage in Tornitz und die entsprechenden Konsequenzen für den Betreiber befasst. In der 43. Sitzung vom 5. September 2018 sei vom Ministerium ein neuer Sachstand in zwei Monaten in Aussicht gestellt worden, weshalb man sich auf eine Wiedervorlage der Angelegenheit in der heutigen Sitzung verständigt habe. Es liege eine schriftliche Vorabinformation des Ministeriums (Anlage 6) vor.

Er übergibt das Wort an die Staatssekretärin Frau Dr. Schilde.

Dr. Schilde (Staatssekretärin MLUL) verweist auf den schriftlichen Bericht (Anlage 6) und bittet um konkrete Frage, die sie mithilfe des zuständigen Abteilungsleiters, Herrn Augustin, gerne bereit sei zu beantworten.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) sei nicht in Kenntnis der schriftlichen Vorabinformation. Er kenne lediglich die schriftliche Stellungnahme, die in Vorbereitung auf die Sitzung im September verteilt worden sei.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass die aktuelle Information datiert sei auf den 21. November 2018 und am 27. November 2018 im Ausschussekretariat eingegangen sei. Er stellt fest, dass nicht alle Ausschussmitglieder im Besitz der Vorlage seien und bitte Herrn Augustin (MLUL) um einen kurzen mündlichen Sachstandsbericht.

Herr **Augustin** (MLUL) teilt mit, dass das MLUL auftragsgemäß noch einmal die zuständige Untere Wasserbehörde OSL mit diesem Thema konfrontiert habe. Man habe darum gebeten, sich die Daten noch einmal genau anzuschauen, um nachvollziehen zu können, wo sich die Schadeinträge befänden. Das sei zwischenzeitlich getan worden. Man habe die Daten mithilfe des Landesamtes für Umwelt noch einmal bewertet und sei zu der Erkenntnis gekommen, dass offensichtlich ein akuter Schadstoffeintrag erfolge. Es könne jedoch noch nicht festgestellt werden, wie dieser erfolge. Er habe bereits in der vorletzten Sitzung vorgetragen, dass ein Sachverständiger berufen worden sei, um eine Dichtheitsprüfung durchzuführen. Diese sei im November angelaufen und man rechne mit einem Ergebnis zum 7. Dezember 2018. Im Rahmen der Überprüfung würden sämtliche Güllebehälter, Zuläufe, Abläufe und technische Anlagen auf ihre Dichtigkeit untersucht. Daraufhin werde die Untere Wasserbehörde die

entsprechenden Maßnahmen ergreifen und anordnen.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) bedauere es, dass er sich mangels Vorabinformation nicht habe richtig vorbereiten können. Angesichts der Informationen müsse er sich entscheiden, ob er schockiert über die Erkenntnisse oder eher froh darüber sein solle, dass der Sache ordnungsgemäß nachgegangen werde. Es sei demnach festgestellt worden, dass es sich – anders als bisher angenommen – um einen aktuellen und permanenten Schadstoffeintrag handele. Bisher sei man von einem Schadstoffeintrag in der Vergangenheit ausgegangen, für den man keinen habe verantwortlich machen können. Daraus schließe er, dass der Betreiber verantwortlich sei und es Konsequenzen geben müsse.

Er bitte um Klarstellung, was genau am 7. Dezember 2018 für ein Ergebnis vorliegen werde. Er verstehe es so, dass das der Termin sei, an dem die Untere Wasserbehörde dem MLUL berichten könne, wie es weitergehe. Das bedeute, dass in diesem Jahr nichts weiter passiere. Hier bitte er um Klarstellung.

Weiterhin interessierten ihn die möglichen baulichen und rechtlichen Konsequenzen. Wenn klar sei, dass der Betrieb offensichtlich nicht ordnungsgemäß geführt worden und aufgrund dessen ein permanenter Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser gegeben sei, müsse mit rechtlichen Konsequenzen für den Betreiber zu rechnen sein.

Abgeordneten **Preuß** (DIE LINKE) erkundigt sich, woher man wisse, dass es sich um einen aktuellen Schadensfall und keinen aus der Vergangenheit handele. Wie sei festgestellt worden, dass der Schaden nach wie vor anhalte?

Zweitens interessiere ihn im Detail, ob im Rahmen der Dichtigkeitsprüfung der Güllebehälter nur die Außenhaut bzw. auch der Boden des Güllebehälters kontrolliert werde oder ob lediglich eine Prüfung in Hinblick auf Zu- und Abfluss, also auf das Mengenverhältnis, stattfinde.

Herr **Augustin** (MLUL) könne keine Auskunft über den Ablauf der Dichtigkeitsprüfung geben. Er wisse, dass alle – nach seiner Kenntnis sieben – Behälter auf ihre Dichtigkeit hin überprüft würden. Die gesamte technische Anlage werde von einem externen Sachverständigen überprüft. Dieser habe vor Kurzem mit seiner Arbeit begonnen. Dabei habe sich das Problem herausgestellt, dass man die Dichtigkeit erst vollständig überprüfen könne, wenn sämtliche Behälter voll seien. Das sei im Moment nicht der Fall. Derzeit laufe die sechsmonatige Frist, innerhalb derer nichts ausgebracht werden dürfe. Dennoch gehe man davon aus, dass die ersten Ergebnisse am 7. Dezember 2018 vorliegen werden. Hier gebe es einschlägige technischen Richtlinien sowie die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Die diesbezüglichen Vorgaben werden eingehalten.

Die Feststellung, dass es sich um einen akuten Schadenseinschlag handele, ergebe sich aus der nochmaligen Überprüfung der Schadenswerte. Hier müsse er noch einmal zusammenfassen: Es gebe ein Monitoring-Programm, dass der Anlagenbetreiber zu betreiben habe. Das MLUL sei im Jahr 2013 auf das Thema aufmerksam geworden und habe daraufhin die Untere Wasserbehörde gebeten, die

Ergebnisse des Monitoring-Programms vorzulegen. In diesem Zusammenhang sei erstmals festgestellt worden, dass das Monitoring nicht ordnungsgemäß durchgeführt und damit die Nebenbestimmungen der bundesemissionsschutzrechtlichen Genehmigung nicht ordnungsgemäß eingehalten worden seien. Die erst ab 2013 vollständig vorliegenden Daten habe die Untere Wasserbehörde vorgelegt und diese seien kontinuierlich bewertet worden. Man sei immer zu dem Ergebnis gekommen, dass es tatsächlich erhöhte Schadstoffeinträge – vor allem Nitrat, Ammonium, Sulfat und Nitrit – im Grundwasser gegeben habe.

Im Ergebnis der wiederholten Überprüfung seitens der Unteren Wasserbehörde sei dem MLUL mitgeteilt worden, dass ein Schadensfall eingetreten sei, aber eine zeitliche und örtliche Zuordnung nicht zweifelsfrei vorgenommen werden könne. Im Nachgang der 44. Sitzung des ALUL habe man die Untere Wasserbehörde nochmals beauftragt, sich die Ergebnisse genauer anzuschauen. Es gebe mittlerweile neun Messstellen, obwohl in der Nebenbestimmung der Genehmigung nur vier Messstellen Pflicht gewesen seien. Aufgrund wiederholter Messungen sei man nunmehr zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich um einen akuten Schadensfall handeln müsse. Man könne jedoch nach wie vor nicht feststellen, wo der Schadensfall zu verorten sei. Für eine Lokalisierung werde die Dichtigkeitsprüfung maßgeblich sein.

Die rechtlichen Konsequenzen hingen davon ab, ob der Schaden bewusst verursacht worden sei bzw. ob er vermeidbar gewesen wäre. Hier gebe mehrere denkbare Konstellationen. Es handle sich schließlich um alte Anlagen. Die neue AwSV gelte seit 2017. Auf dieser Grundlage sei die Untere Wasserbehörde aufgefordert worden, eine Dichtheitsprüfung durchzuführen. Inwieweit es im Vorfeld Pflichtverletzungen gegeben habe, könne er nicht einschätzen. Technische bzw. bauliche Konsequenzen könne man dagegen sofort ziehen. Wenn die Ursache erkannt werde, werde diese sofort behoben werden müssen. Inwieweit es sich um eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat handle, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Abgeordneter **Baaske** (SPD) stellt fest, dass eine undichte Grube unter Umständen nie voll sein könne und damit die Bedingung eines vollen Behälters für eine erfolgreiche Dichtigkeitsprüfung nicht eintreten könne. Er fragt, ob es möglich sei, die Grube mit Wasser zu fluten und zu schauen, ob der Pegel sinke.

Auch Abgeordnete **Hackenschmidt** (SPD) bestätigt die Aussage des Abgeordneten Baaske (SPD). Eine Undichtigkeit steige durch den Druck. Abdrücken von Gruben sei ganz normales Prozedere. Man warte nicht, dass diese mit Fäkalien gefüllt seien, aber man führe ein Probedruckverfahren unter Zuhilfenahme von Wasser durch.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) wolle festhalten, dass sich seit dem Jahr 2013 nur sehr langsam etwas tue. Er fragt, warum auch die jetzt angekündigten Schritte so viel Zeit in Anspruch nehmen würden. Warum müsse man warten, bis die Behälter voll seien.

Aus der schriftlichen Information (Anlage) werde deutlich, dass es ein Gespräch mit dem LfU geben solle. Er fragt, ob diesbezüglich auch das Ministerium eingebunden werde? Ihn interessiere die Ebene, auf der dem nachgegangen werde und möchte wissen, ob das Ministerium die Angelegenheit „zur Chefsache“ mache bzw. Einfluss

habe, um die Vorgänge zu beschleunigen.

Er erkundigt sich außerdem nach der Bereitschaft des Betreibers, auf die Feststellungen zu reagieren. Man habe aus der Vergangenheit gelernt, dass es durchaus Betreiber gebe, die sich nicht an die Vorgaben des LfU halten würden.

Eine dritte Frage beziehe sich auf die umzusetzenden Gegenmaßnahmen. Nach seiner Kenntnis seien die Güllebehälter noch nicht einmal alle abgedeckt, obwohl dies vorgeschrieben sei. Der Zustand erfordere zeitnahe technische Maßnahmen. Auch die Art der Haltung der Tiere sei davon betroffen. Wenn klar sei, woher der Schadenseinschlag komme, dürfe dort dann auch nicht mehr eingestallt werden.

Schließlich bitte er um Übermittlung des Protokolls der Dichtigkeitsprüfung an den Ausschuss. Anderenfalls sei er auch bereit das längere Verfahren über ein Akteneinsichtsbegehrt zu durchlaufen. Er gehe jedoch auch davon aus, dass andere Ausschussmitglieder ebenfalls ein Interesse daran hätten.

Abgeordneter **Schröder** (AfD) hinterfragt, ob man hinnehmen müsse, dass der Schadenseintrag dauerhaft bestehen bleibe bis die Dichtigkeitsprüfung abgeschlossen sei.

Herr Augustin (MLUL) vergleicht den Vorfall mit einem Rohrbruch. Es sei selbstverständlich, dass das Wasser so lange auslaufe bis das Loch gefunden sei. Eine Alternative gebe es nicht.

Was die technischen Zusammenhänge bei der Dichtheitsprüfung betreffe, könne er keine Auskunft geben. Hierfür habe man nicht ohne Grund einen Sachverständigen beauftragt. Das MLUL habe per Schreiben an die Untere Wasserbehörde darum gebeten, dass das Ergebnis bis zum 7. Dezember 2018 vorliege. Insofern übe man bereits Druck auf die Untere Wasserbehörde aus. Er wiederholt, dass die Füllstände der einzelnen Behälter zu Verzögerungen geführt hätte, er gehe aber davon aus, dass die Frist eingehalten werde.

Zur „Chefsache“ habe man die Situation jedoch nicht erklären können. Er betone, dass die Zuständigkeit nicht beim MLUL, sondern bei der Unteren Wasserbehörde liege. Man verfolge die Geschehnisse im Rahmen der Sonderaufsichtsfunktion. Das erstrecke sich auf das Anfordern von Berichten und dementsprechenden Fristen. Wenn das Ergebnis vorliege, werde man sich auch mit dem LfU und der Unteren Landesbehörde zusammensetzen und entscheiden, wie weiter vorzugehen sei. Anordnungen auf der Basis der Ergebnisse erfolgten jedoch durch die Untere Wasserbehörde. Die Zuständigkeit könne nicht verändert werden.

Er betont, dass man erst Maßnahmen vollziehen könne, wenn man wirklich wisse, worin die Ursache liege. Er könne nicht einschätzen, ob es ein Problem der offenen Güllebehälter sei. Es handele sich schließlich um eine alte Anlage. Nach der neuen AwSV müssen die Behälter abgedeckt sein, nach der alten jedoch nicht. Hier würden Übergangsregelungen gelten, die berücksichtigt werden müssen.

Auch für die weitere landwirtschaftliche Praxis könne man noch keine Konsequenzen ziehen. Diese müssten dann zu gegebener Zeit auch verhältnismäßig sein. Man

könne den Betrieb nicht ohne ausreichende Begründung schließen. Nähere Informationen könne er erst nach dem 7. Dezember 2018 geben.

Abgeordneter **Raschke** (GRÜNE/B90) möchte wissen, ob auch Veränderungen in der Betriebsführung in Betracht gezogen werden, wenn es einen Grund dafür gebe. Er kündigt hierzu eine mündliche Anfrage im Rahmen des nächsten Plenums an.

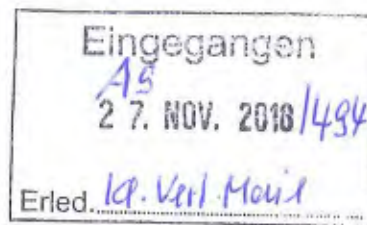
Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Möglichkeit, dem Ausschuss die Ergebnisse vorab zuzuleiten, sobald sie vorliegen, entgegnet **Herr Augustin** (MLUL), dass er darin kein Problem sehe, sich aber dennoch mit der Unteren Wasserbehörde absprechen wolle, bevor er dies zusage.

Der **Vorsitzende** schließt den Tagesordnungspunkt 4.

Anlage

Anlage 6: Schriftliche Vorabinformation des MLUL (TOP 4)

MLUL



Anlage 6

27.11.2018

46. ALUL am 28.11. 2018 / TOP 4 "Grundwasserverseuchung durch die Schweinemastanlage in Tornitz – Konsequenzen für den Betreiber" / Vorabinformation des MLUL

Aktueller Sachstand zur Grundwasserbelastung und Dichtheitsprüfung der Bolart Schweineproduktionsanlagen GmbH (Stand: 21.11.2018)

1. Bewertung von Grundwasserbeschaffenhkeitsdaten der Schweinemastanlage Tornitz durch das Landesamt für Umwelt (LfU)

Vor der Sitzung des ALUL am 05.09.2018 schätzte die untere Wasserbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz (uWB OSL) mit Schreiben vom 04.06.2018 die Grundwasserbelastung folgendermaßen ein und stützte sich dabei u. a. auf eine fachliche Stellungnahme des LfU vom 30.05.2018:

Erhöhte Konzentrationen von Ammonium, Nitrit und Nitrat sind auf den Eintrag von Gülle zurückzuführen. Allerdings ist der Zeitpunkt dieses Eintrages nicht mehr zu ermitteln. Einträge aus der jüngsten Vergangenheit konnten von der unteren Wasserbehörde nicht festgestellt werden. Sie sah daher keinen direkten Bezug der erhöhten Werte für die genannten Parameter zum aktuellen Betrieb der Schweinemastanlage. Es hat also ein Stoffeintrag ins Grundwasser stattgefunden, bei dem weder der Zeitpunkt noch ein genaues Schadensereignis festzustellen waren.

Minister Vogelsänger hatte diese Darstellung der uWB OSL am 28.06.2018 in seiner Antwort auf die Mündliche Anfrage 1374 wiedergegeben. Am 05.10.2018 wurde die uWB OSL vom MLUL gebeten, die Grundwasserbeschaffenhkeitsdaten noch detaillierter zu bewerten und dem MLUL die Ergebnisse mitzuteilen. Die uWB sollte dafür das LfU einbeziehen, das zeitgleich vom MLUL beauftragt wurde, die uWB OSL fachlich zu unterstützen. Mit Schreiben vom 13.11.2018 kam das LfU gegenüber der uWB OSL zu folgendem Fazit:

Die Auswertung der vorliegenden Grundwasserbeschaffenhkeitsdaten und Wasserstände aus der Überwachung der Schweinemastanlage Tornitz deuten auf einen aktuellen und permanenten anlagenspezifischen Stoffeintrag in das Grundwasser hin. Die Schadstoffverteilung und die Hydrodynamik weisen auf Undichtigkeiten im Bereich der Güllebecken hin. Die Konzentrationen an anlagentypischen Stoffen sind dort am höchsten. Der Grundwasserstand liegt ca. 2 m über dem natürlichen Wasserstand. Aussagen über den Zeitpunkt des (ersten) Stoffeintrages, dessen Dauer und Menge sind mit dem bestehenden Messnetz und der Datenreihe und dem Datenumfang nicht oder nur beschränkt möglich. Ebenso ist es nicht möglich, das flächenhafte Ausmaß der Stoffverteilung im Grundwasser zu beurteilen. Hierzu fehlen weitere Messstellen und Angaben zum Grundwasserleiter. Das LfU empfiehlt noch eine weitere Prüfung der Datenlage sowie ein Gespräch zwischen dem von der Schweinemastanlage beauftragten Fachgutachter, der uWB OSL und dem LfU.

In ihrer Stellungnahme gegenüber dem MLUL vom 16.11.2018 übernimmt die uWB OSL die wesentlichen Aussagen der LfU-Stellungnahme hinsichtlich der Grundwasserbelastung und deren Ursachen.

2. Dichtheitsprüfung der Schweinemastanlage Tornitz

Am 11.07.2018 bat das MLUL die uWB OSL um Mitteilung, wann eine Dichtheitsprüfung der Anlage geplant sei. Die uWB OSL teilte termingerecht zum 10.08.2018 mit, dass ein nach AwSV zugelassener Sachverständiger bestellt wird. Dieser solle ein Konzept erstellen, in dem Art und Weise und Zeitpunkt der Dichtheitsprüfung festgelegt werden, sodass eine Dichtheitsprüfung im Herbst erfolgen könne.

Das MLUL bat die uWB OSL am 05.10.2018, bis zum 16.11.2018 mitzuteilen, ob und welche Ergebnisse der Dichtheitsprüfung schon vorlägen. Die uWB teilte dazu mit, dass am 14.11.2018 eine Vor-Ort-Begehung der uWB OSL im Beisein des durch den Anlagenbetreiber beauftragten Sachverständigen stattfand. Nach Auskunft des Sachverständigen ist eine Dichtheitsprüfung der Güllebecken zum jetzigen Zeitpunkt nur bedingt durchführbar: Um verlässliche Ergebnisse erzielen zu können, müssen die zu prüfenden Behälter gefüllt sein. Daher werden diese in Abhängigkeit der Füllstände der einzelnen Behälter/Becken und in Absprache mit dem Anlagenbetreiber sukzessive einer Dichtheitsprüfung unterzogen. Die Dichtheitsprüfung soll bei allen Güllebecken einschließlich Zuleitungen und Schächten stattfinden.

3. Erlass des MLUL vom 19.11.2018

Als Schlussfolgerung aus der Stellungnahme des LfU vom 13.11.2018 und der Stellungnahme der uWB OSL vom 16.11.2018 übermittelte das MLUL am 19.11.2018 ein Schreiben an die uWB OSL, in dem diese um Folgendes gebeten wurde:

- Die Dichtheitsprüfung ist fortzuführen. Dabei sind die Anlagenteile, die mit Gülle beaufschlagt werden (Güllekanäle, Rohrleitungen, Behälter, Abfüllflächen) durch einen Sachverständigen auf Dichtigkeit zu überprüfen. Zusätzlich sind der Bauzustand und die Funktionsfähigkeit aller Anlagenteile zu ermitteln. Festgestellte Undichtigkeiten und Bauschäden sind durch einen Fachbetrieb zu beseitigen.
- Es soll geprüft werden, ob der Anlagenbetreiber den Betreiberpflichten gemäß Nr. 6 der Anlage 7 der AwSV nachgekommen ist (u. a. ordnungsgemäßer Betrieb und die Dichtheit der Anlagen sowie die regelmäßige Überwachung der Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen). Bei Verstößen sind entsprechende Verfahren einzuleiten.
- Gemäß Nr. 7.2. der Anlage 7 der AwSV sollen Maßnahmen angeordnet werden, die einen sicheren Weiterbetrieb der Anlage gewährleisten.

Das bedeutet u. a. Folgendes: Die Schweinemastanlage Tornitz ist eine Anlage, die vor dem 01.08.2017 errichtet worden ist und damit eine bestehende Anlage. Für bestehende Anlagen mit einem Volumen von mehr als 1500 Kubikmetern, die den Anforderungen an JGS-Anlagen nicht entsprechen, kann die zuständige Behörde technische oder organisatorische Anpassungsmaßnahmen anordnen, mit denen diese Abweichungen behoben werden oder mit denen eine Gleichwertigkeit der Anforderungen an neue JGS-Anlagen erreicht wird.

- Noch offene Fragen zur Grundwasserbelastung, die sich aus der Stellungnahme des LfU vom 13.11.2018 ergeben, sollen geklärt werden. Weiterhin ist zu prüfen, ob Maßnahmen nach § 21 Abs. 1 und Abs. 4 BbgWG und § 100 Satz 2 WHG zu ergreifen sind.

(Bbg § 21 (1): Sind wassergefährdende Stoffe aus ortsfesten oder beweglichen Behältern, sonstigen Anlagen oder aus Wasser-, Land- oder Luftfahrzeugen in ein Gewässer oder eine Entwässerungsleitung gelangt oder drohen sie dorthin zu gelangen, so sind der Eigentümer oder Besitzer der Anlage oder des Fahrzeuges, der Eigentümer oder Besitzer des wassergefährdenden Stoffes sowie derjenige, der die Anlage betreibt, unterhält oder überwacht oder das Fahrzeug führt, verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine schädliche Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu verhindern bzw. unverzüglich zu beseitigen.

Bbg § 21 (4): Ist durch das Aus- oder Auftreten wassergefährdender Stoffe die Verunreinigung oder sonstige nachteilige Veränderung eines Gewässers eingetreten oder zu besorgen, so kann

die Wasserbehörde die zur Untersuchung und Sanierung des Gewässers und des Bodens erforderlichen Anordnungen treffen.

WHG § 100 (1) Satz 2: Die zuständige Behörde ordnet nach pflichtgemäßem Ermessen die Maßnahmen an, die im Einzelfall notwendig sind, um Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu vermeiden oder zu beseitigen oder die Erfüllung von Verpflichtungen nach Satz 1 sicherzustellen.)

Die uWB OSL soll das MLUL bis zum 07.12.2018 über

- die bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Dichtheitsprüfung,
- die von der uWB OSL bis dahin veranlassten Maßnahmen und
- einen Zeitplan für die weitere Vorgehensweise

informieren. Das MLUL wird diese Informationen auswerten und auf dieser Basis seine weitere Vorgehensweise festlegen.